



Bremen, den 17.1.2017

Sprecher
Olaf Brandtstaedter
Buddestr. 8/10
28215 Bremen

An die
Senatorin für Finanzen
und Bürgermeisterin
der Freien Hansestadt Bremen
Frau Karoline Linnert
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

und via E-Mail an die
bremische Öffentlichkeit:
Bürger und Bürgerinitiativen,
Abgeordnete der Bürgerschaft,
den Senat der Freien Hansestadt Bremen,
Medienvertreter etc.

Offener Brief

Ihr Neujahrs-Aufruf, in dem Sie die Bremer Bürger zur Einmischung und aktiven Mitgestaltung einer respektvollen Gesellschaft auffordern,

die Reaktionen aus Politik und Behörde, wenn Bürger und Bürgerinitiativen dem nachkommen und sich aktiv für ihre Stadt engagieren

und die Frage, warum die vom rot-grünen Senat 2012 formulierten Ansprüche an die Art und Weise, in der die Bürger bei den Geschehnissen und Entwicklungen in dieser Stadt mitwirken sollen, bisher nicht eingelöst wurden

Sehr geehrte Frau Senatorin Linnert, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In meiner Schulzeit wurde ich in der Oberstufe von Lehrern unterrichtet, die sich in kritischer, uns informierender und undogmatischer Weise tiefgehende Gedanken über gesellschaftliche Probleme machten.

Ihnen habe ich viel zu verdanken, von ihnen habe ich viel gelernt.

Sie vermittelten mir:

Für die Aufrechterhaltung der Demokratie muss man etwas tun, sie erhält sich nicht von allein. Dazu gebe es Mitwirkungsmöglichkeiten in der Demokratie:

Einen Leserbrief schreiben, Unterschriften für/gegen ein Vorhaben sammeln, eine Demonstration abhalten, eine Bürgerinitiative gründen, ein Flugblatt verteilen, Pressemitteilungen verfassen, eine Pressekonferenz abhalten, eine Gegendarstellung

einfordern, Bürgeranträge stellen, eine Petition an das Parlament richten, sich politisch engagieren, Kontakte zu Abgeordneten und politischen Gremien aufnehmen, eine Partei gründen usw.

Hier sehe ich meine Möglichkeiten und Pflichten als Staatsbürger, etwas zur Aufrechterhaltung unserer Demokratie beizutragen.

Zu diesen Mitwirkungsmöglichkeiten gehört wesentlich auch, eine gute Debatte einzufordern. Etwa so, wie Sie dies in der Bremischen Bürgerschaft noch vor einigen Jahren – Ihre Fraktion Bündnis 90/Die Grünen war zu dieser Zeit in der Opposition – mit Ihrem Zwischenruf „Inhalte!“ stets taten, wenn ein Abgeordneter der großen Koalition am Rednerpult nicht zum Punkt kam.

Wie aber sollen die Bürger sich verhalten, wenn Sie ihre Einmischungen und Forderungen gegenüber ihren Politikern formulieren, bei diesen aber auf taube Ohren stoßen oder von ihnen rundweg als „Partikularinteressenten“ abgefertigt werden, so dass Dialog und Debatte zwischen Bürgern und Politikern gar nicht erst entstehen?

Dazu drei kurze Beispiele, bei denen Bürger dieser Stadt ihren Willen in Bezug auf die Entwicklung ihrer Stadt klar und deutlich gegenüber der Politik artikulierten, aber eine Debatte nicht in Gang kam und sie von ihren Politikern ignoriert wurden:

- Der heute einmütig anerkannte und von allen Seiten beklagte stadtplanerische Fehler der Errichtung des Vegesacker Einkaufszentrums „Haven Hööv“ und der Markthalle auf dem Vegesacker Sedanplatz:

7500 Bürger warnten mit ihren Protest-Unterschriften vor dem Bau des Zentrums, doch ihre Bedenken wurden übergangen. Die Bürger hätten hier, neben Deutschlands ältestem Hafen und dem Begegnungsort der Flüsse Lesum und Weser, lieber eine maritime Entwicklung gesehen und sprachen sich gegen den Abriss des historischen Hauses des Schiffbauers Johann Lange aus. Auch die durch das Zentrum entstehende Konkurrenz zu Vegesacker Geschäften und Läden wurde kritisch gesehen. Heute wird sogar laut über einen Abriss der leerstehenden Markthalle und einen teilweisen Abriss des Zentrums nachgedacht. „Die Bürger haben die richtige Wahrnehmung gehabt, ihre Sorgen sind bestätigt worden“, resümiert der Architekt Uwe Meier am 12.9.2016 in Die Norddeutsche, Beilage des Weser Kuriers für Bremen-Nord und Umgebung.

- Der heftig umstrittene Bau von zwei Hochhäusern mit 5500 qm Grundfläche vor dem denkmalgeschützten Bremer Hauptbahnhof:

7000 Bürger protestierten mit ihren Unterschriften gegen den Bau dieser überdimensionierten Hochhäuser an diesem Ort. Dazu sprachen sich Bürger in über 200 Leserbriefen und 2 Petitionen mit jeweils über 960 Mitzeichnungen gegen das Bau-Projekt aus. Kritisiert wurden die Wegnahme des öffentlichen Raumes, in dem man von Konsumaufforderungen bisher verschont blieb, die überflüssigen entstehenden Angebote, die etwa durch zwei Hotels eine Konkurrenz zu den großen und kleinen Hotels im Umfeld des Bahnhofs bedeuten, die verstellte Sicht auf Bremens größtes Denkmal, den stadtbildprägenden Bremer Hauptbahnhof, die entstehende Gefahrensituation durch die Engführung von täglich 100.000 Menschen durch eine mehrspurige Bus- und Straßenbahn-Anlage und die eintönige Fassaden-

Ansicht der Baukörper, die zwar als modern und der letzte Schrei verkauft wurde, jedoch kaum einen Bürger überzeugen konnte. Bei einem Architektur-Experten ließen die geplanten Bauten ungute Erinnerungen an den monumentalen Bau-Stil des faschistischen Italiens der 1930er Jahre wachwerden. Die Bremer Bahnhofsplatz Initiative forderte zusammen mit fachkundigen und engagierten Bremer Bürgern eine klar andere Gestaltung des Bahnhofsplatzes, die eine Aufenthaltsqualität für die Besucher Bremens und die Bremer Bürger an diesem Ort in den Blick nimmt. Bremens ehemaliger Gartenbauamtsdirektor, Dr. Klaus Rautmann, charakterisierte die Fläche vor dem Bahnhof als Entree-Bereich der Stadt Bremen, der einen öffentlichen Raum mit Blick auf das Stadtzentrum benötige. Statt den stadtbildprägenden und prämierten Bahnhof durch die Hochhäuser zu entwerten, wäre hier ein qualitätsvoller öffentlicher Raum nötig.¹ Die Bahnhofsplatz Initiative schlug dazu eine Grünanlage vor, die es im Umfeld des Bahnhofs einst auch gab. Hier steht uns die ungute Erkenntnis des Haven Höövts, des einmütig anerkannten stadtplanerischen Fehlers, noch bevor. Dazu läuft die Stadt Gefahr, dass die eingenommenen Gelder aus dem Grundstücksverkauf vollständig für die Beseitigung der entstandenen Begleitschäden am heute schon so genannten „Bremer Loch“ aufgebraucht werden.

- Die heftig umstrittene Bebauung einer im westlichen Parkrandgelände des Knoop's Park gelegenen Fläche, die seit Jahrzehnten als „Grünfläche, Parkanlage“ im Flächennutzungsplan ausgewiesen ist: 3000 Bürger sprachen sich mit ihren Protest-Unterschriften gegen die Bebauung dieser ehemals Woldeschen Gärten aus, die ursprünglich teilweise parkartigen Charakter besaßen, was durch ein fachliches Gutachten nachgewiesen wird², und forderten ergebnisoffene Planungskonferenzen. Dieses eindeutige Votum der Bürger für den Knoop's Park, *das* kulturelle Erbe der Burglesumer Region, wurde von der Mehrheit im zuständigen Beirat Burglesum ebenso ignoriert wie vom Senat. Dazu haben noch einmal 5500 Bremer Bürger sich im Rahmen eines gültigen Volksbegehrens-Antrages des Bündnisses aus Bremer Bürgerinitiativen „Initiativen für Bremen“ per Unterschrift gegen eine Bebauung dieser und anderer Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzter Flächen in Bremen ausgesprochen. Dieser Antrag wurde vom Senat formell beanstandet und inhaltlich ignoriert, doch ein neuer Volksbegehrens-Antrag der Bürgerinitiativen ist in Arbeit.

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen: Bebauung der Galopprennbahn, Planung des Lankenauer Höfts, Planung des Hulsberg-Quartiers, Bebauung der Friedhofserweiterungsfläche am Werdersee, Fällung der Neustädter Platanen etc. An all diesen Orten haben die Bürger ihren gut begründeten Willen in Bezug auf eine bestimmte Entwicklung ihrer Stadt formuliert und ihn gegenüber Politik und Behörde kommuniziert. Doch nur allzu oft begegneten und begegnen Politik und Behörde diesen Begehren und Wünschen der Bürger mit einer Haltung der offenen Konfrontation. Pauschal und undifferenziert werden Bau-Projekte an diesen Orten mit

¹ Siehe: „Letzte Chance“, Leserbrief von Dr. Klaus Rautmann, veröffentlicht am 15.9.2012 im Weser Kurier, siehe www.bremer-bahnhofsplatz-initiative.de, >Presse

² „Freiflächen des Knoop's Park nördlich der Straße ‚Auf dem Hohen Ufer‘ – Entwicklungskonzept“, 2005/2006, Seite 19 und Seite 29. Dieses Dokument ist auf der Homepage unserer Bürgerinitiative (BI) Grünes St. Magnus unter www.gruenes-sankt-magnus.de, >Dokumente, 1. zu finden.

einem Bedarf an Wohnungen gerechtfertigt, obwohl über den viel zitierten „bezahlbaren Wohnraum“ bekannt ist, dass nur 8,37% aller zur Zeit neu entstehenden Wohnungen in Bremen bezahlbar sind (7,24 Euro pro qm)³.

Dazu bemängelt sogar ein Investor aus der Bau-Wirtschaft, dass neu entstehende Quartiere wie die Überseestadt „viel zu dicht geknallt“ werden, es dort „nicht mal sonnabends einen Bäcker gebe, bei dem man Brötchen kaufen könne. Infrastruktur null“. (Immobilienunternehmer Rolf Specht am 4. Januar 2017 im „Weser Kurier“).

Fast scheint es so, als ob die rot-grüne Koalition bei ihrem Konzept der baulichen Innenverdichtung sehr einseitig wirtschaftlichen und fiskalischen Überlegungen folgt, die sie Investoren aus der Bauwirtschaft überträgt. Kulturelle, gesundheitliche und partizipatorische Aspekte sowie das konkrete Aufenthaltsgefühl vor Ort für Neu- und Altbürger werden so nicht in den Blick genommen, obwohl diese Punkte vielerorts eingefordert werden. Auf Kritiker, die seit langem und eng mit der Identität ihrer Stadt verbunden sind, wird nicht eingegangen, sie werden als Meckerpötte mehr oder weniger abgetan. Das menschliche Zusammenleben in dieser Stadt dürfte durch diese Art, von oben herab und an den Bürgern vorbei die Stadt umzubauen, sie geradezu umzukrempeln, nachhaltig beschädigt werden. Das letztgenannte der drei obigen Beispiele wollen wir, da es uns als nicht untypisch für das vorfestlegende Handeln bremischer Politik und Verwaltung erscheint, etwas genauer in den Blick nehmen.

Exkurs: Parkbebauung

In unserer an den Petitionsausschuss der Bremischen Bürgerschaft gerichteten Petition „Hände weg vom Knoops Park!“, S19/165, Bebauung in Knoops Park⁴, die sich gerade in der parlamentarischen Beratung befindet, haben wir die Planungsgeschichte dieser Fläche, die mindestens bis in das Jahr 2005 zurückreicht, ausführlich beschrieben. Der ausführlichen Petitions-Begründung voraus ging dabei ein umfangreiches Aktenstudium, unter anderem beim Landesamt für Denkmalpflege, wo wir diesbezügliche Sitzungs-Protokolle, E-Mail-Korrespondenzen etc. sichten konnten.

Ein wesentlicher Aspekt der Planungsgeschichte, **der die** sich in Planung und kurz vor der Umsetzung befindliche **Parkrandbebauung früh, ohne eine dazu erfolgte Debatte im öffentlichen oder parlamentarischen Raum vorfestlegte**, war dabei dieser: Durch eine Senatsantwort vom 5.4.2005 auf eine Kleine Anfrage vom 11.3.2005⁵ der damals noch oppositionellen Bürgerschafts-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Sie auch angehörten, wurde deutlich, dass der damalige rot-schwarze Senat das Bauamt Bremen-Nord unter starken Einspardruck setzte. Ziel wurde es, die

³ „Wohnungsnot: Rettung durch Großinvestoren?“, von Johannes Edelhoff & Christian Salewski, Beitrag einer Panorama-Sendung, ausgestrahlt in der ARD am 23.6.2016. Hier verwendet: Sendungsmanuskript dieses Beitrags, zu finden unter <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2016/Wohnungsnot-Rettung-durch-Grossinvestoren-,wohnungsnott176.html>, Tabelle Wohnungsangebote in den 20 größten deutschen Städten. Auch zu finden als Teil der Pressemitteilung der Initiativen für Bremen vom 12.8.2016, unter www.initiativen-fuer-bremen.de, >Presse

⁴ Zu finden unter www.petition.bremische-buergerschaft.de, >Bebauung in Knoops Park oder über einen Direkt-Link unter www.gruenes-sankt-magnus.de

⁵ Drucksache 16/309 S. Zu finden unter www.gruenes-sankt-magnus.de, >Pressemitteilungen, > Unsere Pressemitteilung vom 2.11.2015, Anhang 1

Abteilung Gartenbau aus dem Bauamt Bremen-Nord auszugliedern. Diese Abteilung Gartenbau unterhielt seit Jahrzehnten eine Parkgärtnerei auf der betreffenden Fläche am Westrand des Knoop's Park, von der aus vor allem der Knoop's Park gepflegt wurde. Noch heute sind die Gärtner des Umweltbetriebs Bremen hier zu Gast und betreiben von hier aus diese Pflege, was auch wirtschaftlich sinnvoll ist, da die Hälfte der jährlichen Grünpflegemittel von 1.000.000 Euro, die nach Bremen-Nord gehen, also 500.000 Euro, vor Ort für den Knoop's Park aufgewendet werden.⁶

Die Fläche, auf der die Parkgärtnerei ein Gastrecht in Anspruch nahm und immer noch nimmt, wird seit Jahrzehnten im Flächennutzungsplan als „Grünfläche, Parkanlage“ dargestellt. Es sprechen verschiedene Gründe und Aspekte dafür, diese Fläche im Parkrandgelände des Knoop's Park **nicht** zu bebauen.

Wir nennen nur die Stichworte Landschaftsschutzgebiet, vorhandene Parkrandstruktur mit vielen Bäumen, langfristige städtebauliche Sicherung der öffentlichen Parkanlage Knoop's Park vor immer weiteren Bebauungsbegehrlichkeiten der Bauwirtschaft⁷, die leichtere Begehrbarkeit dieses im Nordteil des Parks gelegenen Geländes, wohingegen im Südteil ein etwa 15 Meter hoher Geestrücken überwunden werden muss, vermutetes Vorkommen schützenswerter Arten⁸, die Beibehaltung eines prägenden Park-Ortsbildes, vor allem, wenn man an die „prächtigen Baumreihen/Allen“ denkt (Umweltbericht des SUBV zur Fläche 515_233⁹, gemeint: die Kastanien-Allee am Raschenkampsweg und die dichte Baumreihe in Süd-Nord-Richtung, direkt neben der gewollten Bau-Fläche), Schutz-Funktion vor klimatischen Veränderungen und Starkregenereignissen, zunehmende Bedeutung von Freiflächen für die Erholung der Bürger im Stadtraum angesichts der aktuellen baulichen Innenverdichtung.

Doch eine derartige Aspekte berücksichtigende, umfangreiche Sicht auf das Parkrandgelände, die man sonst bzw. an anderer Stelle von der Partei Bündnis 90/Die Grünen gewohnt ist¹⁰, der auch Sie angehören, wird an keiner Stelle des politischen Prozesses sichtbar. Die Behauptung der grünen Abgeordneten Maike Schaefer, hier handele es sich um eine „typische Brachfläche für die städtebauliche Innenentwicklung“¹¹ ist schlicht nicht haltbar, das zeigt die differenzierte Charakterisierung dieses besonderen Ortes.

Nach der frühen, etwa 2005 stattgefundenen nicht-öffentlichen Vorfestlegung einer Bebauung durch Senat und Bauamt Bremen-Nord – letzteres wurde dadurch zu einer

⁶ Hierauf wies ein Vertreter des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr, Hartmut Kurz, am 3.11.2016 im Burglesumer Ausschuss für Umwelt und Kultur hin. Die geplante Still-Legung dieses Betriebshofes und die Verlegung ins entfernte Aumund wäre durch die dadurch entstehenden Fahrzeiten alles andere als wirtschaftlich. Dazu wurde in die Instandhaltung dieses Standortes, etwa in das Unterkunftsgebäude, immer wieder investiert. Sogar im Umweltbetrieb Bremen selbst gibt es die Meinung, man möge diesen Betriebsstandort beibehalten.

⁷ Siehe von Umwelt-Senator Jens Eckhoff 2005 beauftragtes Fachgutachten der Landschaftsarchitekten Müller-Glaßl und Partner, Fußnote 2, Seite 45 und Planungs-Ziel der Bau-Umwelt-Deputation vom 22.5.2008

⁸ Siehe Grünordnungsplan von Stefan Villena-Kirschner, zu finden unter www.bauleitplan.bremen.de, Bplan 1274, Sonstiges. Vermutet werden verschiedene geschützte Fledermausarten und der streng geschützte Eremit bzw. Juchtenkäfer (*Osmoderma eremita*).

⁹ Zu finden unter www.fnp-bremen.de, www.fnp-bremen.de, >Downloads, >Anhang mit Umweltsteckbriefen etc., S. 125

¹⁰ Etwa bei der Beibehaltung des Landschaftsschutzgebietes Binnendüne in Bremen-Bockhorn

¹¹ Maike Schaefer am 30.1.2014 auf einer Einwohnerversammlung in Bremen-Lesum, siehe <http://www.gruenes-sankt-magnus.de/images/presse/140202-wr-angst-vor-karton-architektur.png>

Befangenen im folgenden Bauleitplan-Prozess, da der den bestehenden Bebauungsplan 0936A aufhebende Bebauungsplan 1274 eine Rationalisierungsmaßnahme bezüglich des Bauamtes höchstselbst darstellt – wurde in den folgenden Jahren an der Bebauung des Parkrandgeländes in Politik und Verwaltung ohne inhaltliche Debatte festgehalten. Dabei ist interessant zu beobachten, wie die Ihnen unterstellte Liegenschafts-Behörde der Stadt Bremen, Immobilien Bremen, die Behörde Landesamt für Denkmalpflege hinters Licht führte. Denn nachdem sie sich vom Landesamt für Denkmalpflege das OK für eine Bebauung des Parkrandgebietes mit geringer Dichte einholte, gemäß Fach-Gutachten von Müller-Glaßl & Partner und den entsprechenden Planungszielen der Bau-Umwelt-Deputation vom 22.5.2008, überantwortete sie die Planungen vollständig einem Investor, der zur Zeit nach seinen Maßstäben plant. Die bauliche Dichte weicht nun erheblich von den einstigen Planungen ab, Planungsvarianten werden hinter verschlossener Tür im Rahmen einer „Jury“ beraten, ohne dass die Öffentlichkeit, insbesondere Anwohner und Medienvertreter, diese Planungsvarianten zu Gesicht bekommen.¹²

Bei diesem Prozess wird immer sichtbarer: Viele Indizien sprechen dafür, dass es bei der von der Politik gewollten Parkbebauung nicht mehr darum geht, laut Müller-Glaßl-Gutachten (siehe Fußnote 2, Seite 45) einen fachgerechten „räumlich-strukturellen Übergang“ zu schaffen, von den „weiter westlich gelegenen Wohngebieten zu den sich östlich abschließenden parkartigen Bereichen“, **sondern um eine Stadtplanung, die den nördlichen Teil des Knoop's Park, Knoop's Wald, als Ansammlung von unnützen Wiesen betrachtet und für bebaubar hält.** Im vergleichbaren Stadtwald neben dem Bürgerpark wäre dies ein undenkbarer Vorgang! Hier noch einmal der Planungsprozess im Überblick:

- um 2005: nach der Vorfestlegung des Bauamtes Bremen-Nord, eine im Flächennutzungsplan als „Parkanlage“ ausgewiesene – sich im Besitz der Bremer Bürger befindliche – Fläche intern als künftiges Bauland zu behandeln, erfolgte keine Alternativenprüfung, d. h. keine Planung einer Nutzung des Geländes ohne Bebauung, einer sogenannten Null-Variante, die angesichts der jahrzehntelangen Ausweisung der Fläche als „Parkanlage“ und der nie versiegenden Begehrlichkeiten der Bauwirtschaft in der Premium-Region St. Magnus/Knoop's Park hier eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre

- Mai 2008: Die Bau-Umwelt-Deputation beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes 1274, verfolgt dabei aber unter anderem die Planungsziele einer „Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Anlage Knoop's Park“, eine „Steigerung der Landschaftserlebnisfunktion“, eine „Sicherung und Entwicklung von übergeordneten öffentlichen Wegeverbindungen“ und allenfalls eine „ergänzende Wohnbebauung mit geringer Dichte an der Billungstraße“¹³

- Juni 2010: das Landesamt für Denkmalpflege (LfD) wird vom Liegenschaftsamt der Stadt Bremen, Immobilien Bremen, Anstalt öffentlichen Rechts (IB) in einem Schreiben vom 10.6.2010 darüber informiert, dass die Fläche am Westrand des

¹² Siehe Pressemitteilung der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus vom 18.1.2017, Anhang 8, zu finden unter www.gruenes-sankt-magnus.de, >Pressemitteilungen

¹³ Siehe Deputationsvorlage vom 25.4.2008 und Beschluss vom 22.5.2008, zu finden unter www.gruenes-sankt-magnus.de, >Dokumente, 4.

Knoops Park „veräußert“ werden sollte, es wird um „Mitteilung“ gebeten, „ob Gebäude oder Teile davon unter Denkmalschutz stehen“. Darauf antwortet das LfD in einem Schreiben an Immobilien Bremen vom 14.6.2010 wie folgt:

„Sehr geehrte Frau ..., das für Verkauf und Bebauung mit mehreren EFH vorgesehene Gelände grenzt an das gerade unter Denkmalschutz gestellte Ensemble Knoops Park. Die Bebauungsplanung war hier bekannt und ist entsprechend beim Zuschnitt des Ensemble-Areals berücksichtigt worden. Gegen den Verkauf und die geplante Bebauung werden keine grundsätzlichen Vorbehalte erhoben.“

- nach Juni 2010: Planungsschwenk. Nun geht Immobilien Bremen aber zu eigenen Planungen und dem Ziel der Bebauung mit hoher Dichte über.¹⁴

- 2012 und 2013, Ignoranz von 3000 Protest-Unterschriften gegen das Bau-Projekt, die BI Grünes St. Magnus fordert die Nicht-Bebauung der Parkrandfläche, stellt das alternative Konzept „St. Magnuser Geest“ auf und warnt vor den Folgen einer Bebauung, da weitere Bau-Projekte in der Premium-Region St. Magnus folgen könnten. Ignoranz von allen gutachterlich bestätigten Argumenten (siehe Fußnote 2), die eine Nicht-Bebauung in den Blick nehmen, durch Beirat und Ortsamt Burglesum, auch das Planungsziel einer Bebauung mit Einfamilienhäusern (EFH) wird im Beirat nicht aufgegriffen

- 2013: Versuch des Burglesumer Ortsamtsleiters Florian Boehlke, eine Bebauung in einer Einwohnerversammlung laut Baugesetzbuch vorfestzulegen und die Debatte und die Bürger in Richtung einer Bebauung zu manipulieren. Es gehe nicht mehr um das „Ob“, nur noch um das „Wie“ einer Bebauung, begann Boehlke die Versammlung, da die Bebauung politisch gewollt sei. Die Teilnehmer der Versammlung sollten danach an vier Stellwänden Fragen zu dem Neubauprojekt diskutieren, etwa die Frage, wie man neue Nachbarn erfolgreich integrieren könne. Nur durch einen erfolgreichen Antrag der Bürger konnte dieser Versuch, die offene Erörterung in Richtung eines Bau-Projektes vorfestzulegen, gestoppt werden. Wie von den Bürgern beantragt, wurde dann eine offene Debatte im Plenum geführt.¹⁵

- 2014: Die Ortspolitik richtet im April 2014 einen nichtständigen Ausschuss mit weitreichenden Rederechten für die Bürger ein, der den ein Bau-Projekt vorfestlegenden Namen „Nichtständiger Ausschuss zur Gestaltung der vorgesehenen Fläche für Freizeit und Erholungsnutzung im Bebauungsplan 1274“ trägt. **Dieser Ausschuss befasste sich aber in Unkenntnis der künftigen baulichen oder sonstigen Entwicklung im Parkrandgebiet nur mit der Nutzung einer Fläche, die neben (!) dem von den Politikern gewollten Neubaugebiet liegt und umging so die eigentliche Thematik der Nutzung auf der strittigen Fläche am Westrand des Parks.** Die Planungen und die Verbindlichkeiten in diesem Ausschuss waren von höchst fragwürdiger Qualität. Die Planungsziele der Bau-Umwelt-Deputation vom 22.5.2008 (siehe oben) wurden hier nicht ernsthaft verfolgt. Eine Frau im Publikum sagte im September 2014 in diesem Ausschuss, die stimmberechtigten Beiratspolitiker im Ausschuss müssten sich vorrangig den Bürgern in ihrem Beiratsgebiet gegenüber verantwortlich fühlen, nicht ihren Parteien.

¹⁴ Die sich wesentlich unterscheidenden Planungen finden Sie in Anhängen unserer Pressemitteilung vom 17.1.2017 unter www.gruenes-sankt-magnus.de, >Pressemitteilungen

¹⁵ Protokoll der Einwohnerversammlung nach §3,1 BauGB vom 16.4.2013 zum Bebauungsplan 1274, Homepage des Ortsamtes Burglesum, www.ortsamt-burglesum.bremen.de, >Ortsamt, >Einwohnerversammlungen gemäß §3 Baugesetzbuch, >Bplan 1274

Darüber ging Sitzungs- und Ortsamtsleiter Florian Boehlke lässig hinweg. In die von ihm selbst aufgestellten Mikrofone sagte er einfach:

„Ich habe den Auftrag, die Bebauung an der Billungstraße durchzuführen, Sie (in Richtung unserer BI und der Dame im Publikum) haben eine andere Meinung, Demokratie ist eben so.“

- Januar 2017: Der BUND bringt Zweifel vor, ob die Herauslösung der gewollten Bau-Fläche aus dem Landschaftsschutzgebiet mit Artenschutz, Landschaftsschutz und Baumschutz rechtlich auf die zurzeit angedachte Weise zu vereinbaren ist (siehe die Absicht der staatlichen Bau-Deputation am 19.1.2017, TOP 4, 19/188(L), Seite 2)
- 2016 und 2017: internes „Gutachterverfahren“, das sich jeglicher Kontrolle durch Medien, Öffentlichkeit, Bürger und Anwohner entzieht. **Hinter verschlossenen Türen soll eine nicht namentlich bekannte „Jury“ unter drei Planungsvarianten im Beisein des Investors eine auswählen. Anwohner, die seit Jahrzehnten am Parkrand wohnen und die Öffentlichkeit werden so komplett übergangen.**

Besonders negativ fällt der letzte Punkt auf: **Das staatliche Handeln der Behörden Bauamt Bremen-Nord und Liegenschaftsamt Immobilien Bremen mutiert zurzeit so zu einer Planungsdictatur, die sich jeglicher Kontrolle entzieht.**

Exkurs-Ende.

Ein Resümee an dieser Stelle lautet:

In Bremen gehen Politiker zurzeit auf die Argumente und Wünsche der Bürger in keinsten Weise ein oder reden gar nicht erst mit ihnen¹⁶. Ihre Sammlungen von Protest-Unterschriften, ihr Widerstand gegen fragwürdige Projekte und ihre oft fachkundigen und guten Argumente werden von der Politik ignoriert, so geschehen beim Haven Höövt, beim Bremer Bahnhofplatz oder am Knoops Park. Politik- oder Politikerverdrossenheit wird man diesen Bürgern mit Lust zum Sich Einmischen nicht vorwerfen können. Leiden Bremens Politiker hingegen womöglich unter Bürgerverdrossenheit und haben keine Lust mehr Debatten zu führen und sich guten Argumenten zu öffnen? Ist es nicht widersinnig, der bremischen Demokratie abträglich und Ihrem Neujahrs-Aufruf widersprechend, sich einem deutlich artikulierten Bürgerwillen zu verschließen, wenn dieser engagiert und fachkundig die Debatte einfordert?

¹⁶ Diese Erfahrung musste unsere Bürgerinitiative beim Kampf um den Knoops Park nur allzu oft machen:

- Im Burglesumer Beirat war die damalige Sprecherin Bettina Hornhues an einer Diskussion nicht interessiert und sagte rundheraus zu Vertretern unserer Bürgerinitiative nach längerem Vortrag: „Da wird gebaut, basta!“
- Einer Zusage des Abgeordneten Stephan Schlenker (MdBB, Bündnis 90/Die Grünen) in der 18. Bürgerschaft, unsere BI in eine Fraktions-Sitzung der Grünen einzuladen, folgte letzten Endes eine Ausladung.
- Versuche mit Senator Joachim Lohse persönlich ins Gespräch zu kommen, scheiterten beim Flächennutzungsplantreffen am 15.6.2013 im Rot-Kreuz-Krankenhaus ebenso, wie während einer gemeinsamen (!) Radio-Sendung am 5.12.2013 in der Bremischen Bürgerschaft, die bezeichnenderweise das Thema hatte: „Mitreden, mitgestalten – Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbeteiligung“ (gesendet im Nordwestradio, 5.12.2013, ab 15.05 Uhr). Lohse hatte an einem Austausch von Argumenten kein Interesse und wendete sich ab.
- Bürgermeister Jens Böhrnsen übergaben wir im April 2013 unsere Unterschriften. Er sagte uns ein Gespräch zu, doch seine Referentin Gesa Wessolowski ruderte zurück, eine Gesprächszusage wäre das nicht gewesen.
- Senatsbaudirektorin Reuter ließ uns auf unseren Gesprächswunsch schriftlich mitteilen, sie halte ein Gespräch „für nicht geeignet, eine grundlegend andere Entwicklung zu erreichen“. Sie möchte daher „von einem Gesprächstermin absehen“, siehe: www.gruenes-sankt-magnus.de, >Pressemitteilung, >Pressemitteilung vom 5.1.2015, Anhang 5

Werden die Bürger jedoch vor Ort zu oft vor den Kopf gestoßen, so hat dies weitreichende Folgen. Es entsteht eine Entpolitisierung, die Wahlbeteiligung nimmt immer weiter ab („Abstimmung mit den Füßen“) und das verstärkte Aufkommen von populistischen Parteien mit undifferenzierten, nicht ohne weiteres ablesbaren politischen Programmen ist zu beobachten. Die Antwort von parlamentarischen und außerparlamentarischen Demokraten muss darauf sein:

Die qualitative, offen geführte Auseinandersetzung ist das Herzstück der Demokratie. Wird eine entsprechend anspruchsvolle und in ihren Argumenten nachvollziehbare Debattenkultur inner- und außerhalb des Parlamentes gepflegt, so dürfte dies am ehesten dazu beitragen, obigen ungunstigen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Dagegen ist an vielen Stellen zu beobachten, dass die Bremer Politik versucht, den oben dargestellten Prozess der Entdemokratisierung mit dem Begriff der **Bürgerbeteiligung** einzufangen. Bürgerbeteiligung hier und Bürgerbeteiligung da. Es gibt und gab an vielen Orten Versprechen, die Bürger zu beteiligen und in der Bürgerschaft sogar einen Ausschuss für Bürgerbeteiligung. Doch es handelt sich dabei allzu oft nur um leere Versprechungen und Politik zieht sich nach durchgeführter Bürgerbeteiligung nur allzu gern auf den Standpunkt zurück, eine Bürgerbeteiligung hätte es gegeben, mehr oder eine andere Beteiligung im Sinne von Mitwirkung oder Mitbestimmung sei nicht vorgesehen.

Ich erinnere noch einmal an den Anspruch, den Sie als Senatorin zusammen mit dem Senat vor einigen Jahren an Bürgerbeteiligung formulierten:

In der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Konzepte für mehr Bürgerbeteiligung entwickeln“ vom 28.8.2012¹⁷ heißt es auf den Seiten 2 und 3 unter anderem:

„Anlässe, Formen, Verfahren und Intensität der Bürgerbeteiligung sollen weiterhin von den Bürgerinnen und Bürgern selbst wesentlich mitbestimmt werden. Politik und Verwaltung sind aufgerufen, offen und unterstützend darauf einzugehen. Dabei muss so früh wie möglich eingesetzt werden [sic!] Abwägungsprozesse müssen frühzeitig transparent dargestellt werden, um die Bürgerinnen und Bürger als lokale Expertinnen und Experten einzubinden. Sie kennen die Zusammenhänge, die möglicherweise von Planerinnen und Planern aus Büros oder Verwaltungen und selbst von Stadtteilpolitikerinnen und -politikern übersehen werden könnten.“
[...]

„Der Senat weist darauf hin, dass gerade die Beiräte in den 22 Stadt- und Ortsteilen der Stadtgemeinde Bremen ihre Rolle als Motoren der Bürgerbeteiligung nach der Neufassung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter verstärkt wahrnehmen sollen. Durch die Stärkung der Entscheidungsrechte der Beiräte haben die Bürgerinnen und Bürgern in den öffentlichen Sitzungen der Beiräte und deren Ausschüssen eine wirksame Mitsprache am Zustandekommen von Entscheidungen für ihren Stadtteil, mithin auf Senatsentscheidungen ihren Stadtteil betreffend. Auch die Möglichkeiten, zu bestimmten Themen Projektausschüsse einzusetzen, denen

¹⁷ Drucksache 18/210 S (zu Drs. 18/181 S).

Zu finden unter www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/Drs-18-210_S_556.pdf

neben Beiratsmitgliedern auch Bürgerinnen und Bürgern angehören können, bieten eine Plattform für Entscheidungsfindungen auf „Augenhöhe“. Insofern sind auch die Beiräte gefragt, wenn es darum geht, insbesondere bei stadtteilbezogenen Themenstellungen Bürgerbeteiligungsformen zu initiieren und zu praktizieren. Bei dieser Aufgabe werden die Beiräte durch die Ressorts unterstützt.“

Diesem Senats-Papier kann man, ebenso wie Ihrem Neujahrs-Aufruf, entnehmen, dass die Bürger sich einbringen mögen. Mehr noch:

„Anlässe, Formen, Verfahren und Intensität der Bürgerbeteiligung sollen weiterhin **von den Bürgerinnen und Bürgern selbst wesentlich mitbestimmt werden**. Politik und Verwaltung sind aufgerufen, **offen und unterstützend darauf einzugehen**.“

Soweit der formulierte Anspruch. Nun, von der Theorie der Bürgerbeteiligung vom „Grünen Senats-Tisch“ aus zur traurigen, oder, man muss dies leider schon so sagen, grausamen Realität.

Die sich am Beispiel des Westrand des Knoop Park (Billungstraße) widerspiegelnde Realität von intransparentem und rabulistischem Behörden-Handeln (der UBB ist nicht Eigentümer der Fläche) ist ausführlich in der Begründung zu unserer Petition „Hände weg vom Knoop Park!“ nachzulesen, auf die wir in der Fußnote 4 verwiesen haben. Wir bitten Sie an dieser Stelle, diese Petition einmal ohne Vorbehalte auf Ihre Bürgerbeteiligungs-Kriterien hin abzuklopfen.

Wir möchten an dieser Stelle bei Ihnen, Frau Bürgermeisterin, eine Bilanzierung einfordern, indem wir Sie bitten, Ihren Neujahrs-Aufruf zu mehr bürgerlicher Einmischung das entsprechende Verhalten der Ihnen unterstehenden Behörden gegenüberstellen. Wir möchten an dieser Stelle bei Ihnen auch eine Bilanzierung einfordern, indem wir Sie bitten, Ihre richtigen und guten Ansprüche, die Sie als Senatorin und Bürgermeisterin an Bürgerbeteiligung in dieser Stadt haben, der Wirklichkeit gegenüberstellen. Kommen Sie zu anderen Ergebnissen als wir?

Mit der Bitte um eine zeitnahe Antwort.
Ihre Bürgerinitiative Grünes St. Magnus

(Olaf Brandtstaedter)

(Dr. Peter Hincke)

(Detlev Heimann)

(Ursula Beinhorn)

(Jürgen Krupopp)

(Hagen Schmidtman)